

Wahlkampf für die Familie?

Zu Beginn dieses Jahres wurde eine Reihe von gesetzlichen Neuregelungen wirksam, zu denen die Bundesregierung in Zeitungsanzeigen erklärte, daß sie den Familien „über 100 Vorteile“ bringen werden und daß noch nie so viel für sie getan worden sei. Freunde der Familie werden sich darüber freuen, ohne kleinlich nachzurechnen, doch sind sich Betroffene und Fachleute darin einig, daß das Erreichte nicht genügt. Experten, Verbände und familienpolitische Sprecher der Parteien gehen denn auch wie in einem Meinungstest mit Vorschlägen und Forderungen an die Öffentlichkeit, die von einem flächendeckenden Angebot von Ganztagsschulen über Teilzeitarbeit für Eltern mit Lohnausgleich bis zu einem Erziehungsgeld reichen. Läßt sich die öffentliche Meinung für eine spürbare Besserstellung der Familien mobilisieren? Wird in diesem Wahlkampf die Familie gewinnen? Kann „eine Bewegung der Bürger“ für eine neue Familienpolitik entstehen, wie Paul Kirchhof hofft?

Daß die Familien und besonders Frauen, die Kinder aufziehen wollen, immer noch strukturell benachteiligt sind – beruflich, ökonomisch, rentenrechtlich –, liegt auf der Hand. Diese „strukturelle Rücksichtslosigkeit gegenüber Familien“, wie es der fünfte Familienbericht der Bundesregierung drastisch genannt hat, ist durch die Sozialgesetzgebung nur schwer zu beheben. Das zeigt die Tatsache, daß die meisten bisherigen Verbesserungen nur in kleinen Schritten und oft erst unter dem Druck des Bundesverfassungsgerichts beschlossen wurden. Die einfache Patentlösung gibt es nicht. Monika Thenner kommt in einem Vergleich von familienpolitischen Maßnahmen verschiedener europäischer Länder zu dem Schluß, daß das Geburtenverhalten nicht direkt von einer einzelnen Regelung abhängt, daß aber ein Bündel von begünstigenden Bedingungen – geldwerte Leistungen, die das bevorzugte Lebensmodell ökonomisch realisierbar machen; zeitwerte Elternrechte, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern, sowie eine familienunterstützende Infrastruktur, etwa Einrichtungen zur Kinderbetreuung – die Verwirklichung des Kinderwunsches sehr wohl beeinflussen kann.

Kämpfen die Befürworter neuer Maßnahmen aber nicht längst auf verlorenem Posten? Die Geburtenrate ist doch im letzten Jahrzehnt gesunken und dementsprechend die Zahl der Singles, der Personen ohne feste Partnerbeziehung, sowie der Ehepaare und nichtehelichen Lebensgemeinschaften, die keine Kinder haben, gestiegen. Hat nicht, wie manche Soziologen mutmaßen, die Auflösung traditionaler Werte und Lebensmuster den Trend zu einer „postfamiliären Gesellschaft“ bereits unumkehrbar gemacht?

Der Geburtenrückgang läßt sich nicht wegdiskutieren, doch im übrigen warnen Familienforscher mit guten Gründen vor einer in den Medien verbreiteten Über-

schätzung der Tendenz zum „Alternativen“ und zum Individualismus. Das Lebensmuster des Single und der gewollt kinderlosen Partnerbeziehung scheint nämlich eine Eigenheit des „individualisierten“ (groß)städtischen Akademikermilieus zu sein und nicht einfachhin eine Grundströmung der Gesamtgesellschaft. Dauerhaft kinderlos sind im Durchschnitt Männer und Frauen, die verglichen mit gleichaltrigen Eltern von Kindern, eine deutlich höhere Schulbildung und ein höheres Pro-Kopf-Einkommen haben. Indes ist bei Arbeitern, einfachen Angestellten und in der ländlichen Bevölkerung die Familie als Lebensziel immer noch weitgehend eine Selbstverständlichkeit – wenn auch oft mit nachgeholter Heirat. Sie ist dies möglicherweise nicht nur trotz, sondern auch wegen des gesellschaftlichen Wandels. So hat Herbert Gans in seiner Analyse des amerikanischen Individualismus schon vor Jahren die Vermutung geäußert, daß die Familie „zunehmend auch ein Schutzwall gegen unpersönliche und unfreiwillige Institutionen ist. Sie bietet emotionale und andere Hilfestellungen, die intensiver sind als nur die Kameradschaft.“

Tatsächlich hat sich in den letzten zehn Jahren die subjektive Wertschätzung von Ehe und Familie in Ost- und Westdeutschland auf ihrem hohen Niveau gehalten: „Kinder als Lebenssinn“ und vergleichbare Aussagen finden ein erstaunlich hohes Maß an Zustimmung. Nach einer Allensbach-Umfrage vom Januar 2001 bejahten von den vorgelegten Antwortmöglichkeiten zur Frage: „Worin sehen Sie vor allem den Sinn des Lebens?“ 63 Prozent der Deutschen über 16 Jahre die Aussage: „Daß meine Familie versorgt ist“. Dieses ganz und gar nicht individualistische Lebensziel stand an zweiter Stelle, nur knapp übertroffen von dem Wunsch: „Daß ich glücklich bin, viel Freude habe“, dem 65 Prozent zustimmten. Wenn nun trotzdem aus der ideellen Wertschätzung seltener der Mut zum Kind erwuchs, liegt dies sicher auch in hohem Maß an ökonomischen und beruflichen Hindernissen.

Erleben wir eine Trendwende zurück bzw. vorwärts zur Familie? Der Freizeitforscher Horst Opaschowski meint, der Trend zum egozentrischen Genußstreben habe seinen Höhepunkt überschritten. Während im Jahr 1994 von den 14- bis 29jährigen noch 54 Prozent der Aussage zustimmten: „Freunde, Sport, Hobbies und Urlaubsreisen sind mir wichtiger als Heiraten und eine Familien gründen“, hätten 1999 bereits ein Prozent weniger so geantwortet. Das mag für einen nachhaltigen Stimmungsumschwung zu wenig sein, doch ist ohne Zweifel ein familiengünstigeres Meinungsklima entstanden. Vorstöße zugunsten der Familie würden wahrscheinlich nicht mehr so prompt wie einmal in den 90er Jahren mit der Schlagzeile eines Boulevardblattes gekontert: „Regierung will Kinderlose bestrafen“. Die gesellschaftlichen Kräfte und die wahlkämpfenden Parteien sollten die relative Gunst der Stunde beherzt zu einer familienpolitischen Offensive nutzen – auch über den Wahltag hinaus.

Bernhard Grom SJ